

Metal-Arbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Publikations-Organ des deutschen Metallarbeiter-Verbandes, der eingeschriebenen Hilfskassen der Metallarbeiter Nr. 29 und 89 zu Hamburg und der freien Vereine der Metallarbeiter Deutschlands.

Erscheint wöchentlich einmal Samstags. Abonnementspreis bei der Post 80 \mathcal{M} , in Partien direkt durch die Expedition billiger. Einzel-Abonnement nur bei der Post.

Nürnberg, 5. März 1892.

Inserate die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 \mathcal{M} . Redaktion und Expedition: Nürnberg, Welzenstraße 12.

Der Sündenbock der Kapitalisten.

Unsere Großindustriellen sind gegenwärtig in einer sehr schlechten Laune, das Gefühl allgemeiner Unzufriedenheit kommt bei jeder Gelegenheit zum Ausdruck. Sie sind unzufrieden mit dem Reichstag, aber ebenso unzufrieden mit der Regierung. Die schönsten Deklamationen des Herrn Grafen von Caprivi, seine schärfsten Zukunftsdrohungen gegen die Sozialdemokratie können sie nicht befriedigen — ihnen fehlt der „Mann von Blut und Eisen“, der in gewohnter Gewissenlosigkeit den Muth besitzt, die augenblickliche Situation „auszunutzen“.

Woher rührt diese Unzufriedenheit? Im Grunde resultirt sie aus der schlechten Geschäftslage. „Es wird nichts verdient.“ Nun sollte man freilich logischerweise denken, daß vor Allem die Ursachen des jetzigen schlechten Geschäftsganges zu erforschen gesucht werden. Daran ist aber den Herren Unternehmern nichts gelegen. Nicht die Ursachen wollen sie konstataren, sondern einen Sündenbock wollen sie geschlachtet haben, ein Opfer, auf das sie alle Schuld wälzen können! Bei einer Untersuchung könnte man auf recht fatale Dinge stoßen und zu noch viel verhängnisvolleren Schlußfolgerungen gelangen, darum keine Untersuchung, nein, „es rast der See und will sein Opfer haben.“

Und dies Opfer soll die Arbeiterbewegung, die Sozialdemokratie sein!

Unsere heutigen wirtschaftlichen und politischen Zustände haben mit denen des Jahres 1878 ungemein viel Ähnlichkeit. Heute wie damals eine allgemeine Krisis, nur heute noch schärfer und allgemeiner. Und damals wie heute war es die organisierte Arbeiterschaft, die Sozialdemokratie, welche die Unternehmer hinderte, unter dem Drucke der sozialen Misere, der allgemeinen Arbeitslosigkeit ihre Macht uneingeschränkt auszunutzen. Damals kamen die Attentate und die innere Wuth des Unternehmertums machte sich plötzlich Luft in dem Rufe: „Vernichtung der Sozialdemokratie.“

Vernichtung der Sozialdemokratie, das haben uns die letzten zwölf Jahre gelehrt, heißt: Politische Rechtsmachung und ökonomische Brutalisierung, wirtschaftliche Vergewaltigung der Arbeiter! Sozialdemokratie! rief man — und Arbeiterklasse meinte man.

Kann man das Spiel nicht wiederholen?

Im preussischen Landtage verriethen es die rheinisch-westfälischen Schlotbarone und die brutalen Junker der Wasserpoletei: „Die Löhne sind zu hoch! Mit den hohen Löhnen züchten wir bloß Sozialdemokraten!“ Wir müssen die Löhne reduzieren! Aber die Regierung — diese „sozialreformistische“ Regierung, sie hindert uns arme Unternehmer am wirksamen Aderlaß!

Und so unverschämte Logen die Herren „Volksvertreter“, daß sogar der Herr Minister erklären mußte, eigentlich könne man nicht davon reden, daß die Löhne

zu hoch seien! Freilich beschwichtigte er sie sofort wieder mit dem Zugeständniß: Von einer weiteren Lohnerhöhung könne fürderhin keine Rede sein.

In Willkürtheit nützt die Regierung die jetzigen schlechten Verhältnisse ebenso aus, wie der nächste beste Unternehmer. Die von der sozialdemokratischen Presse veröffentlichten Erlasse und Zirkulare der verschiedenen Eisenbahndirektionen zeigen uns alle das „Sparsystem“ der Regierung in Gestalt von Arbeiterentlassungen und Lohnreduktionen, nicht an den hohen Gehältern der Direktoren, sondern an den kärglichen Löhnen der Eisenbahntagelöhner und niederen Angestellten.

Das gleiche Lied, nur in etwas anderer Melodie sangen im Reichstag die Junker Sellbort, Kardoff und allen voraus der klassische Vertreter des feudalen-industriellen Kapitalismus, König Stumm! Wie 1878 fordern sie heute wieder: Vernichtung der Sozialdemokratie!

Ob sie wieder ihre Willen gethan bekommen?

Zwar steht der Mann abgethan bei Seite, der, ihnen gleich an brutaler Unterdrückungsjucht, gleich ihnen strupellos in der Wahl der Mittel, gleich ihnen dürstend nach Unternehmerrückgewinn und Steigerung der Profitrate, damals die wilde Jagd auf die Arbeiterorganisation mit der ganzen Macht der Staatsgewalt eröffnete und nicht ruhte, bis die letzte Arbeiterorganisation „auf der Strecke lag“, aber die Augen der Stumm und Konsorten richten sich heute eben auch nicht auf den Kanzler, sondern auf eine Stelle, die ihnen noch mächtiger, noch gewaltiger erscheint, als die „alte Raketenliste“ damals war.

So erleben wir denn auch heute das heitere Schauspiel, daß, während die Herren selber von Loyalität nach Oben überfließen, in der kleineren Unternehmerpresse Pfeil auf Pfeil gegen die Regierung abgedrückt wird, die nicht unbedingt in allen Dingen als bloße Sachwalterin der Unternehmerinteressen fungiren will. Aber wie der Mannesmuth dieser Junker nicht soweit geht, daß sie im Reichstage offen ihrer Sehnsucht nach Friedrichsruhe Ausdruck geben, so richtet auch diese Presse ihre Angriffe nicht auf die Minister, sondern auf deren „Vertrauenspersonen“. Und dabei passiert es denn z. B. der „Eisen-Ztg.“, daß sie heute für die Leute, welche mit Arbeiterwohnungen ein Stück der sozialen Frage zu lösen vermeinen, nur Hohn und Spott hat und voll giftigen Grimmes über sie in despektirlichster Weise herfällt, während sie vor Jahresfrist selber in einem Leitartikel für die Errichtung von Arbeiterwohnungen seitens der Fabrikanten schwärmte.

Der Vertrauensmann des Ministers v. Berlepsch, Professor Post aus Hannover, hatte in einer Sitzung des „Vereins zur Beförderung des Gewerbestandes“ über das Thema der Arbeiterwohnungen gesprochen. Bekanntlich wird dies Projekt nicht bloß vom Minister Berlepsch, sondern auch von Miquel, ja sogar dem Kaiser

selber protegirt. Was schreibt nun die „Eisen-Ztg.“ über diesen Vertrauensmann des Ministers? Folgendes: „Man gewann aus dem Referat den Eindruck, daß dieser Mann (!) und seine Ausführungen ungemein schädlich für die Industrie wirken könne.“ Und warum? Weil er den Unternehmern die Verpflichtung auferlegen will, für anständige Wohnungen ihrer Arbeiter zu sorgen. Und da der Herr Professor die Unternehmer zu kennen scheint, verlangte er, daß den Unternehmern gefällig verbieten werde, Arbeiter anzunehmen, die sich über eine solche Wohnung nicht auszuweisen vermöchten. Wir brauchen uns über diese professoral-ministerielle Utopie nicht auszulassen, die „Eisen-Ztg.“ entrisst sich aber bloß deshalb, weil diese Lösung den Unternehmern was kosten würde, während doch ihrer Auffassung nach Arbeiterwohnungen dazu dienen sollten, seßhafte, wohlfeile, widerstandslose Arbeiter zu züchten.

Noch deutlicher tritt der Haß der „Eisen-Ztg.“ hervor gegenüber den Ausführungen des Magistrats-Assessors Dr. Freund, „von welchem man annahm, daß er absolut nichts davon verstehe.“ Sie nennt seine Ausführungen langweilig; natürlich, denn er traf den Nagel auf den Kopf, als er sagte: „Man bezahle die Arbeiter besser, dann können sie besser wohnen.“ Die Patrone der „Eisen-Ztg.“ wollen aber Arbeiterwohnungen bloß zu dem Zwecke, um die Arbeiter schlechter zahlen zu können.

Die Wuth der „Eisen-Ztg.“ ist daher schon begrifflich. Und die despektirliche Sprache gegenüber den Vertrauensmännern von Ministern und Krone ist bloß begreiflich, wenn man in Betracht zieht, daß dieser Pfeil viel höher gehen soll. Er ist gegen die ganze heutige Richtung der Regierung gezielt. Die staatssozialistischen Pläne der Regierung, das fokettirende Wohlwollen nach Unten, die „Sozialreform“, wenn sie mehr als eine Phrase sein soll — all' das ist dem Unternehmertum bis in's innerste Herz verhasst.

Und mit dem scharfen Instinkt des Klassen-Interesses fühlen die Unternehmer und deren Pressknechte, daß eine Neuauflage des Sozialistengesetzes und eine Ausrottung des sozialistischen Gedankens solange ein Wiberstimm ist, als die Regierung selber staatssozialistelt und sozialreformelt. Daher der Krieg in der Unternehmerpresse gegen die Minister und deren Verather und daneben in den Parlamenten die systematische Züchtung der Sozialistenfurcht.

Für den Vankrott der Schutzollära, für die Sünden der planlosen Privatwirtschaft, die auch an dem Selbstjauch der Unternehmer zehren, soll ein Sündenbock geschlachtet werden. Dieser Sündenbock ist die Arbeiterbewegung.

Die Unternehmerklasse fordert dieses Opfer als Preis für ihre Loyalität. Und sie weiß, was sie damit fordert, und was sie damit erlangt. Sie weiß, daß

damit zu gleicher Zeit fallen müssen alle schönen Nebenarten vom Ministerfische über Sozialreform, sie weiß auch, daß mit diesem Opfer die Minister degrabirt werden zu bloßen „Commiss der Bourgeoisie“. Aber fallen muß damit auch der Traum des „sozialen Königthums“. Wo die Interessen des Kapitalismus rücksichtslos und ohne Schranken zur Geltung kommen sollen, da gibt es nur einen König: Mammon!

Vorübergehend wird die Arbeiterklasse den Schaden haben, wenn die Stumm und Konsorten siegen. Auf die Dauer wird damit der Sieg der Arbeiterklasse nicht aufgehoben, wohl aber der Untergang des gegenwärtigen Systems beschleunigt.

Welchen Interessen dient eigentlich die herrschende Wirtschaft?

In Oberschlesien wurde am 12. Febr. d. J. in einer in Katowitz abgehaltenen Versammlung der Kohlenproduzenten, wie anderwärts, beschlossen, die Kohlenförderung um 15. Prozent zu verringern. Dieser Beschluß wird durch die angebliche Zwangslage motivirt, in welcher sich die Kohlenproduzenten befinden sollen. Diese Zwangslage bestehe darin, daß ein großer Theil der Gruben durch Abverkauf ihrer Förderung an die Kohlen Großhandlungsfirmen Friedländer u. Casar Wollheim das Verfügungsrecht über ihre Produktion eingebüßt haben, so daß bei den Entschlüssen der vereinigten ober-schlesischen Kohlenindustriellen hauptsächlich die Interessen des Kohlen Großhandels, nicht aber diejenigen der Industrie zur Geltung gelangen. Um das so recht glaubhaft zu machen, wird darauf hingewiesen, daß zu den Sitzungen der ober-schlesischen Kohlenproduzenten stets auch die genannten Kohlen Großhändler zugezogen werden müssen, die den ganzen so umfangreichen ober-schlesischen Kohlenhandel fast ausschließlich monopolisirt haben.

Die beiden Großhändler haben in den letzten Jahren alle die kleineren Firmen, die sich mit dem Vertriebe ober-schlesischer Kohlen befaßten, aufgekauft.

Vor dem großen Kohlenarbeiterausstande nun hatten sie zu billigen Preisen umfangreiche Abschlüsse mit den Grubenbesitzern zu Stande gebracht, die sie dazu benutzten, den Ausstand zur Steigerung der Kohlenpreise auszunutzen. Die Erhöhung der Preise der ober-schlesischen Kohle war also nicht durch den Ausstand selbst geboten, sondern wurde von den Kohlen Großhändlern zum willkommenen Vorwande ungewöhnlich hohen Profits benutzt. Es gelang ihnen dabei, wie jetzt offen eingestanden wird, viele Millionen einzubehalten, aber auch die ober-schlesischen Kohlenproduzenten, die Herren Grubenbesitzer wollten an dem Profit theilnehmen. Nachdem daher die mehr-jährigen Kontrakte mit den hiesigen Großhändlern Casar Wollheim und Friedländer abgelaufen waren, schlossen die Gruben mit ihnen zwar ganz ruhig neue Kontrakte ab, wiederum auf Jahre hinaus,

aber nur zu wesentlich erhöhten Preisen, die, wie jetzt die Kapitalistenblätter nicht mehr leugnen können, außer jedem Verhältnis zu der Marktlage stehen.

Die beiden Großhändler könnten nun die Sache sehr einfach machen; sie brauchen die vielen profitierten Millionen nur wieder herauszugeben. Das aber fällt ihnen gar nicht ein. Sie haben vielmehr, wie sich die Dringenszeitungen ausdrücken, ein „lebhaftes, geschäftliches Interesse daran“, denjenigen Kohlenpreis im Verkauf aufrecht zu erhalten, welchen sie mit den Bechen vereinbart haben, — und hierbei kommt in den Kapitalistenblättern ein kleiner charakteristischer Zusatz, „selbstverständlich unter Hintzrechnung eines entsprechenden Gewinnes.“

Die profitwütigen Großhändler wollen also, trotzdem die enorm hohen Kohlenpreise der Marktlage, das heißt: den gesamten wirtschaftlichen Verhältnissen der Gegenwart, geradezu Hohn sprechen, sie nicht verringern, sondern ungenirt weiter profitieren. Und zu diesem Zwecke zeigen sie den Vertretern der Kohlengruben ihre Macht. Dieselben haben zwar Kontrakte mit ihnen abgeschlossen, wodurch die Großhändler rechtlich gezwungen werden könnten, die vollen Kohlenquantitäten, die sie zu theurem Preise gekauft haben, abzunehmen, aber ein Zwang kann seitens der Gruben den Großhändlern gegenüber „erfahrungsgemäß“ nicht geübt werden, wie die Gemäß der Grubenbesitzer wehmützig mittheilte, „denn, sofern der Großhandel bei Aufrechterhaltung eines zu hohen Preises nur Verkäufe in geringerem Umfange macht und infolgedessen nicht in der Lage ist, den Bechen für die erkaufte Mengen in ausreichendem Maße Verlabedisposition zu geben, bleibt den Gruben nichts anderes übrig, als das nicht abgefahrene Quantum auf die Halde zu stürzen und dem Großhändler alsdann in Rechnung zu stellen. Aus lokalen Gründen verbietet sich aber dieses Verfahren in größerem Umfange, weil theilweise die zum Stürzen von Kohlen zur Verfügung stehenden Plätze nicht groß genug sind, und weil andererseits, namentlich bei dem Stürzen feinerer Sortimente, die Gefahr entsteht, daß die Halbenbestände sich entzünden und hierdurch der Grube selbst bedeutende Gefahren erwachsen. Wenn es also dem Großhandel nicht gelingt, diejenige Quantität, welche er zu hohem Preise gekauft hat, mit Gewinn weiter zu verkaufen, so wird Angesichts der im Vorstehenden geschilderten Verhältnisse die Grube einfach veranlaßt, weniger zu fördern.“

Eine einfache Sache in der That, ungeheuer einfach. Trotzdem es allen Theilen des arbeitenden Volkes schlechter geht als gewöhnlich, will der Großhandel in seinem Gewinne nicht gestört sein. Deshalb „veranlassen“ in diesem Falle die beiden Herren Wollheim und Friedländer die Gruben, weniger zu fördern, und diese verringern gehorsam, wie sie sind, um nicht weniger als 15 Prozent, das heißt, um beinahe den sechsten Theil, ihre Produktion, und das geschieht im Interesse der Preisgestaltung, die, wie die Kapitalistenzeitungen gleichfalls verschämt hinzufügen, zumeist nur dem Großhandel zu Gute kommt. Was eine derartige Reduktion der Förderung bedeutet, wissen die Vertreter der Kohlenindustrie sehr gut, und die Kapitalistenblätter halten damit nicht hinter dem Berge. Eine derartige Produktionseinschränkung treffe die beim Kohlenbau beschäftigten Arbeiter ungemein hart, außer dem werde es sicherlich bei jeder beschlossenen 15prozentigen Förderereinschränkung nicht sein Bewenden haben. Der Niedergang der durch die hohen Kohlenpreise schwer benachteiligten Eisenindustrie, die aus vielen ihrer alten Absatzgebiete immer mehr verdrängt werde, habe sein Ende noch nicht erreicht. Zu dem muß man

in Erwägung ziehen, daß schon der Beginn dieses Jahres die von der Bourgeoisie angepriesene Aufbesserung des Essengeschäfts nicht gebracht hat, und daß man sich in der gesamten Metallindustrie von vornherein auf Arbeiterentlassungen eingerichtet hat.

Eine Produktionseinschränkung wie die bei den schlesischen Kohlengruben, wirkt wie eine Schraube ohne Ende, da jede Produktionseinschränkung die Selbstkosten der Gruben erhöht und daher eine weitere Preissteigerung der Kohle im Gefolge haben muß, die ihrerseits die Eisenproduktion mit höheren Kosten belastet und diese gleichfalls zu immer fortgesetzten Betriebseinschränkungen veranlaßt.

Solche Betriebseinschränkung ist also allerhöchstens für den Moment und für einzelne Personen, Großhändler und Grubenvertreter, Nutzen bringend, für die Gesamtheit aber und auch für das Kapital im Großen und Ganzen unzweifelhaft verhängnisvoll, mit dem einzigen Unterschiede, daß das Kapital noch im Stande ist, sich an der arbeitenden Bevölkerung schadlos zu halten, aber auch nur bis zu einem gewissen Grade. Für das herrschende Wirtschaftssystem charakteristisch ist nicht nur die Produktion in's Blaue, sondern auch die Produktionseinschränkung in's Stillschließen, Selbstmordverbrechen hinein. Es unterliegt nicht dem geringsten Zweifel, daß es nicht nur für die Volksgesamtheit und nicht nur für die Eisenindustrie, Kapitalisten und Arbeiter, sondern auch für die Kohlenindustrie und für die einzelnen Gruben selbst viel vortheilhafter wäre, eine Reduktion der Kohlenpreise einzutreten, dafür aber die Produktion in vollem Umfange bestehen zu lassen und auf diese Weise den Arbeitern die Existenz nicht zu untergraben und den Gruben nicht höhere Selbstkosten aufzuladen. Das läge im wohlverstandenen ehrlich vertretenem Interesse des Volkes sowohl als der Großindustrie.

Über keines von Beiden wird ehrlich vertreten, sondern beide werden verrathen und verkauft. Im Rathe der ober-schlesischen Kohlenproduzenten sitzen ihre eigenen Riesenschmaroger, und diese machen es ebenso wie die Generaldirektoren und sonstigen Vertreter der Grubeninteressenten, in Oberschlesien nicht minder wie in Westfalen und in allen großen Industriegegenden. Sie denken nur an ihre eigene Person, an die Profite aller Art, Lantienmen und wie sie sonst heißen mögen, und fassen nur solche Beschlüsse, die ihnen mit blankem Golde bezahlt werden. Die wirtschaftlichen Verhältnisse der Gegenwart sind so gearret, daß unter den Arbeitern erst recht der Krieg Aller gegen Alle herrscht, jeder den andern belügt und betrügt, jeder seinen angeblichen Bundesgenossen auszubeuten und auszuhüteln sucht. Wie man im Hinblick auf das allgemeine Aufwachen und sich Zusammenscharen der Proletariatsmassen mit Ulrich v. Gutten ausrufen möchte: „Es ist eine Lust heute zu leben“, so ist man versucht, angesichts des Treibens in den Kreisen der Vertreter des Großkapitals in den Ruf auszubrechen: „Es ist eine Schmach, Zeitgenossen solcher Verhältnisse und solcher Menschen zu sein!“

Die französischen Arbeitsbörsen.

(„Sozialpolitisches Zentralblatt.“)

Eine seitens der Sozialpolitiker bisher nur wenig gewürdigte Institution ist die der Arbeitsbörsen. Und doch dürfte sie, wofern nicht alle Anzeichen trügen, mehr wie jede andere heruhen sein, innerhalb der französischen Arbeiterbewegung und mit ihr in der sozialpolitischen Bewegung Frankreichs eine führende Rolle zu spielen. In jedem Falle aber — das kann heute schon mit Sicherheit gesagt werden — werden sie sich in ihrer Fortentwicklung zu einem Faktor gestalten, mit dem Staat

und Gemeinde immer mehr zu rechnen haben werden. In ihnen konzentriert sich nicht nur die organisierte Arbeiterkraft, sie bilden nicht nur den Sammelpunkt der Gewerk- und Fachvereine, sondern sie üben auch eine bedeutende Adhäsionskraft auf die unorganisierten isolierten Arbeiter aus, die sich denn in der Folge auch immer mehr zu Körperschaften vereinigen. Recht deutlich tritt dies schon dadurch hervor, daß unter den sieben Städten, welche das jüngste vom Handelsministerium herausgegebene Jahrbuch der Gewerbe- und Industrieberichterstattung, die im abgelaufenen Berichtsjahr (1. Juli 1890 bis 1. Juli 1891) den größten Zuwachs an Arbeitersyndikaten erlitten, vier mit Arbeitsbörsen ausgestattete an der Spitze stehen, und zwar Paris mit 23, Lyon mit 18, Saint-Etienne mit 13 und Bordeaux mit 11 neuen Syndikaten. Dabei ist deren Mitgliederzahl in Paris allein von 37,168 auf 58,514, d. h. um 21,346 gestiegen. Dieser immense Zuwachs, in einem so kurzen Zeitraum, läßt sich nur durch die Errichtung der Zentral-Arbeitsbörse erklären, deren Errichtung schon im vorigen Jahre erwartet wurde, aber wahrscheinlich erst am 14. Juli d. J., dem Nationalfesttag zur Erinnerung an den Bastillensturm, stattfinden dürfte.

Diese Arbeitsbörse, die wohl verdient, geschillbert zu werden, ist ein auf Kosten der Stadt in der Rue du Chateau d'Eu, in unmittelbarer Nähe der Place de la République, errichtetes Monumental-Gebäude, einzig und allein bestimmt, der Sache der Arbeit zu dienen. Es zählt fünf Stockwerke, von welchen das erste einen Bibliotheksaal und Lesesaal im Ausmaße von 72 Metern, sowie mehrere für die Exekutiv-Kommission bestimmte Räume enthält, während die vier übrigen Stockwerke je einen Konferenzsaal und 33 für die einzelnen Gewerkschaften bestimmte Bureaus, also im Ganzen 4 Konferenzsäle und 132 Bureaus enthalten. In der Mitte des Gebäudes befindet sich ein mit Glas gedeckter Versammlungssaal, der ausschließlich für Gewerkschaftsversammlungen und Kongresse bestimmt ist. Er hat einen Flächenraum von 450 Quadratmetern und bietet in schwach aufsteigender Richtung Sitzplätze für 1500 Personen. Der Sitzboden, aus biden Glasplatten bestehend, bildet gleichzeitig die Decke eines unterhalb befindlichen Saales, der einen Flächenraum von 425 Quadratmetern hat und zur Aufnahme von Tagelöhnern und sonstigen Arbeitsleuten bestimmt ist, die sonst gewöhnlich gezwungen sind, unter freiem Himmel auf Arbeit zu warten. Außerdem wird die Zentralbörse noch ein eigenes Post- und Telegraphenbureau, sowie Telephon besitzen und neben Gas- auch elektrische Beleuchtung haben.

Die gegenwärtige Arbeitsbörse, die nach Eröffnung der Zentralbörse eine Filiale derselben bilden wird, liegt in der Rue Jean Jacques Rousseau und besitzt einen großen mit einer Gallerie versehenen Versammlungssaal, einen Konferenzsaal mit 21 Bureaus, wovon eines das Generalsekretariat inne hat, während die übrigen zwanzig den verschiedenen Syndikaten hauptsächlich zur Arbeitsvermittlung dienen. Ihre Organisation ist gegenwärtig folgende: Sämmtliche zur Arbeitsbörse gehörenden Arbeitersyndikate — ihre Zahl beträgt gegenwärtig 195, darunter einige Frauensyndikate — wählen je einen Delegierten, welche zusammen das Arbeitsbörse betreffende Angelegenheiten endgiltig zu entscheiden hat. Befußt Vorstudium einzelner die Arbeiterschaft berührender Fragen theilt es sich in mehrere Kommissionen, die das Ergebnis ihrer Beratungen der Generalkonferenz, die mindestens einmal im Monat zusammentritt, zur Beschlußfassung zu unterbreiten

haben. Die Durchführung sämtlicher Beschlüsse obliegt der Exekutivkommission, die aus 21 Mitgliedern besteht und alljährlich von dem Generalkomitee aus seiner Mitte gewählt wird. Diese Kommission theilt sich ihrerseits in eine Verwaltung-, eine Finanz-, eine Propaganda- und eine statistische Kommission und wählt aus ihrer Mitte zwei Sekretäre, einen Kassierer, sowie einen Archivar bezw. Bibliothekar. Sie hat auch für die Redaktion des offiziellen Blattes, sowie des Jahrbuches der Arbeitsbörse, Sorge zu tragen. Das Blatt erscheint einmal wöchentlich und führt den Titel: „La Bourse du Travail, Bulletin officiel des Chambres syndicales et groupes corporatifs ouvrier de la ville de Paris“. Es bringt die Verhandlungen und Beschlüsse des Generalkomitees, sowie der verschiedenen Kommissionen, Berichte über die wichtigsten Vorgänge innerhalb der französischen und ausländischen Arbeiterbewegung, statistische Mittheilungen über die Arbeitsvermittlung u. s. w. Von den Jahrbüchern, über die besonders zu berichten sein wird, sind bisher zwei erschienen; das dritte, für welches der Municipalrath eine besondere Subvention (5000 Fr.) votirt hat, erscheint demnächst. Zur Bestreitung sämtlicher Kosten erhält die Arbeitsbörse, abgesehen von der freien Lokalität, eine jährliche Subvention von 20,000 Francs, wofür sich der Municipalrath nur das Recht der Kontrolle vorbehalten hat.

Außer dieser Arbeitsbörse, die am 3. Februar 1887 eröffnet wurde, zählt Frankreich gegenwärtig noch zwölf. Eine geringere Zahl von Gewerkschaften umfassend und von ärmeren, zum Theil auch weniger vorgeschrittenen Gemeinden errichtet, treten sie natürlich auch minder hervor, als die Pariser Arbeitsbörse, deren Organisation sie übrigens soweit als thunlich nachgebildet haben. Hier die vorliegenden wichtigsten Mittheilungen über dieselben: Die Arbeitsbörse von Nimes, errichtet am 1. März 1887, zählt 9 Gewerkschaften. Ihr von der Stadt für 500 Francs jährlich gemietetes Lokal zählt nebst der Aufseherwohnung nur noch zwei Räume; doch wird sie in Balde ein bedeutend geräumigeres Lokal haben, da der Municipalrath in seiner Sitzung vom 2. Juli v. J. für den Bau einer Arbeitsbörse 50,000 Francs votirt hat. Vorläufig erhält sie nur eine Subvention von 1660 Francs., weshalb denn auch ihr offizielles Blatt nur ein Mal vierteljährlich erscheint. Die Arbeitsbörse von Marseille, gegründet am 22. Oktober 1888, umfaßt 64 Gewerkschaften. Sie ist in einem städtischen Gebäude untergebracht, dessen Umgestaltung allein 28,000 Francs gekostet hat. Ihre Subvention beträgt 10,000 Francs., wovon 7000 vom Municipalrath und 3000 vom Generalkath. Sie gibt ein Monatsblatt heraus, das den Titel „L'Ouvrier syndiqué“ führt. Die Arbeitsbörse von Saint Etienne, errichtet am 21. Februar 1889, zählt 32 Gewerkschaften. Für die Räumlichkeiten, die sie inne hat, zahlt die Stadt eine jährliche Miete von 2500 Francs. Ihr Jahresbudget, für das ebenfalls die Stadt aufkommt, beträgt 12,000 Francs. Das Organ der Arbeitsbörse erscheint halbmonatlich. Nebenbei sei hier noch bemerkt, daß der Gemeinderath von Saint Etienne einer der vorgeschrittensten ist, der dies neulich erst dadurch bekundet hat, daß er für den jüngst dargelegten stattgehabten Kongreß der Arbeitsbörsen 200 Francs votirt hat. Die Arbeitsbörse von Louison wurde am 15. Oktober 1889 errichtet. Ende Juni v. J. zählte sie acht Gewerkschaften. Betreffs ihres Lokals wie Budgets liegen keine Mittheilungen vor. Bordeaux zählt zwei Arbeitsbörsen, eine municipale und eine unabhängige. Die erstere wurde am 1. März

1890 eröffnet. Sie nimmt nur solche Gewerkschaften auf, die dem Syndikatsgesetz vom 21. März 1884 nachgekommen sind. Die Zahl derselben beträgt zehn. Das Lokal dieser Arbeitsbörse, ein ehemaliges Theater, ist ein sehr geräumiges. Es zählt 20 Bureaux für Ausschußversammlungen, ein Amphitheater für Generalversammlungen und Konferenzen, eine Halle für den Aufenthalt Arbeitssuchender, ein Stellenvermittlungsbureau und mehrere Säle für gewerbliche Unterrichtskurse. Die Verwaltung liegt fast ausschließlich in den Händen der Stadt. Dies veranlaßte denn auch mehrere der „Union des Chambres syndicales ouvrières de Bordeaux et de la région“ angehörigen Gewerkschaften am 29. Juni 1890 eine unabhängige Arbeitsbörse zu gründen. Dieselbe zählt 30 Gewerkschaften, d. i. gerade dreimal so viel als die municipale und gibt ein Monatsblatt „Bulletin officiel de la Bourse du Travail indépendante“, heraus. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß mit der Zeit, vielleicht schon nach den nächsten Gemeinderathswahlen, ihre Forderung nach Selbstverwaltung, wie dies auch auf dem Kongress zu St. Etienne einstimmig ausgesprochen wurde, durchdringt und so aus beiden Arbeitsbörsen eine gebildet wird, die, wenngleich vom Gemeinderath subventionirt, von ihm unabhängig bleibt. Die Arbeitsbörse von Toulouse wurde am 20. September 1890 errichtet. Sie zählt 27 Gewerkschaften und gibt ein „Bulletin officiel“ heraus, das monatlich einmal erscheint. Ihr Lokal, das sie übrigens nur provisorisch besetzt hält, ist ein für ihren Wirkungskreis zu beschränktes; doch wird sie in Bälde ein eigenes Gebäude haben, das die Stadt für sie herrichten läßt. Wie das Lokal, ist auch ihr Budget vorläufig ein bescheidenes; es beträgt 150 bis 200 Frs. monatlich. Die Lyoner Arbeitsbörse, errichtet am 11. Januar 1891, zählt 45 Gewerkschaften und ist im ehemaligen Varietés-Theater untergebracht, wofür die Gemeinde eine jährliche Miete von 13,000 Frs. zahlt. Ihr Budget für das eben abgelaufene erste Jahr betrug 10,000 Frs. Ihr offizielles Organ „Le Travail“ erscheint monatlich. Gegenwärtig befindet sich die Arbeitsbörse in einer Krise, die wohl nur eine vorübergehende ist. Die Stadt hat nämlich an ihre diesjährige Subvention Bedingungen geknüpft, welche die Unabhängigkeit der Verwaltung illusorisch machen würden, was zur Folge hatte, daß sämtliche Gewerkschaften die Arbeitsbörse räumten. Die Arbeitsbörse von Béziers, eröffnet am 5. April 1891, zählt 12 Gewerkschaften und gibt ein Monatsblatt, „Le Travailleur“, heraus. Das Gebäude, dessen Errichtung 29,000 Frs. gekostet hat, ist zweistöckig und zählt acht geräumige Bureaux, einen großen Konferenzsaal, einen Bibliotheks- und Lesesaal, sowie zwei große Säle mit Feldbetten, speziell als Nachtquartier für durchreisende Arbeiter bestimmt. Ihr Budget, bez. Subvention beträgt 6500 Frs. Von den übrigen, in Montpellier, Cholet und Noanne erst jüngst begründeten Arbeitsbörsen läßt sich — die älteste, die von Montpellier, wurde erst am 28. Juni v. J. eröffnet — noch wenig und kaum Mittheilenswerthes berichten.

Zu den hier aufgezählten Arbeitsbörsen werden sich in Bälde mehrere neue gesellen, und zwar in Certe, Nantes, St. Quentin und Troyes, wo dieselben bereits in Bildung begriffen sind. Außerdem tragen sich neueren Mittheilungen zufolge, auch Nizza und St. Nazaire mit der Errichtung von Arbeitsbörsen, und fallen die am 1. Mai in ganz Frankreich — mit Ausnahme von Paris — stattfindenden Gemeinderathswahlen nach dem Wunsche der or-

ganisirten Arbeiterschaft aus, dann kann es an der baldigen Errichtung noch vieler anderer Arbeitsbörsen nicht fehlen.

Mit der Vermehrung und Entwicklung der Arbeitsbörsen, den Centren der Gewerkschaftsbewegung, innerhalb deren es Syndikate gelehrter wie ungelerner, Hand- wie Kopfarbeiter gibt, gewinnt die Arbeiterschaft allmählich eine Macht, die, je freier sie sich entfalten kann, eine desto friedlichere Umgestaltung der sozialen Verhältnisse gestattet. Merkwürdigerweise sind es gerade diejenigen, die sonst immer Gournay's berühmt gewordenen „Laissez faire, laissez passer“ im Munde führen, welche die Staatsgewalt gegen die „Tyrannei der Arbeitersyndikate“ aufrufen. Sie verlangen volle Vertragsfreiheit zwischen Kapital und Arbeit, wollen aber gleichzeitig, daß der eine der beiden Kontrahenten verhindert werde, aus jener Lage herauszutreten, in der er sich allen Bedingungen willenlos fügen muß. Was sie unter Freiheit verstehen, wird so zur Gebundenheit der Arbeit. Um diese zu lösen, wurden eben die Arbeitsbörsen geschaffen. Wie die Effekten- und Waarenbörsen Wahrzeichen des Kapitalismus, so sind jene Wahrzeichen der aufstrebenden Arbeit. Damit hört aber auch, trotz der gleichlautenden Bezeichnung, jedes Gleichniß auf. Anfangs wählte freilich so Mancher, daß man auf den Arbeitsbörsen — und daher ihr Name — die Marktpreise der Arbeitskraft, die Lohnhöhe, wird bestimmen können, wie man auf den sonstigen Börsen den Marktpreis von Werthpapieren, Getreide etc. bestimmt. So hatte der Pariser Municipalrath noch im Jahre 1884 projektirt, daß nach Streikung der Arbeitsbörse sich dieselbe mit den Handelskammern und Gemeindeverwaltungen Frankreichs und des Auslandes telegraphisch in Verbindung setzen solle, um von den „hauptsächlichsten Arbeitspreisen“ unterrichtet zu sein. Dabei vergaß man, daß der Preis der Arbeitskraft, die sich nicht gleich anderen Waaren vom Besitzer trennen läßt, auch noch von anderen Verhältnissen als von Angebot und Nachfrage abhängig ist, und daß wenngleich der böhmische oder schlesische Kohlenarbeiter einen so niedern Lohn empfängt, daß er sich von Kartoffeln und Heringssuppe nähren muß, ihr französischer Kollege darum keinen Sou weniger nehmen, ebensowenig wie ihm der Minendirektor freiwillig auch nur einen Centime zulegen wird, wenngleich er erfährt, daß die englischen Grubenarbeiter einen viel höhern Lohn erhalten. Man war denn auch bald von dieser Idee abgegangen und ehe die Arbeitsbörse eröffnet wurde, war der Municipalrath sich klar, daß sie bei all' ihrem Wirken für die momentanen Interessen der Arbeiter gleichzeitig der viel höheren Aufgabe, der Emanzipation der Arbeiter zu dienen habe. In der That sagte der Präsident des Municipalrathes, G. Meunier, gegenwärtig Abgeordneter von Paris, bei Eröffnung der Arbeitsbörse, angesichts der Vertreter sämtlicher Gewerkschaften: „Im Namen der Municipalität von Paris weise ich eine Institution ein, welche ganz der Arbeit, ihrer Organisation und Befreiung dienen wird. . . . Nutzen Sie sich in Erinnerung, daß das Proletariat Jahrhunderte gebraucht hat, ehe es die politische Freiheit und Gleichheit erlangt hat; Sie werden in Bälde das Werkzeug besitzen, das Ihnen gestatten wird, diese Freiheit, der man sich zu bedienen wissen muß, zu einer wirklichen zu gestalten, und an jener sozialen Gleichheit zu arbeiten, die, wenn wir nach dem gegenwärtigen Zustande urtheilen, in welchem die allzu jungen, zu schwachen und alten Wesen so schwer ihren Platz am Bankett des Lebens, wie man es genannt hat, finden, noch in weiter Ferne liegt.“ Und daß die Arbeitsbörsen dieser Aufgaben

sich vollkommen bewußt sind, das hat eben ihr erster Kongress zu St. Etienne bewiesen.

Paris. Leo Frankel.

Internationaler sozialistischer Arbeiter-Kongress 1893 in Zürich.

Das Organisations-Komitee an die Arbeiter aller Länder!

Arbeiter! Genossen! Der Internationale sozialistische Arbeiter-Kongress zu Brüssel vom Jahre 1891 beschloß einmüthig und mit Begeisterung: „Der nächste internationale sozialistische Arbeiter-Kongress soll im Jahre 1893 in der Schweiz stattfinden“. Dieser Beschluß ehrt unser Land. Er weist ihm eine Aufgabe zu, welche der Neutralität seines Staatswesens, der Internationalität seiner Bevölkerung und seiner Einrichtungen, sowie seiner alten Freiheit angemessen ist. Im Namen der schweizerischen Arbeiterschaft danken wir den Vertretern der Arbeiterklasse aller Länder für diesen Beschluß und versprechen, Alles zu thun, um den internationalen sozialistischen Arbeiter-Kongress von 1893 zu einem weiteren Markstein auf der Bahn der Einigung und Beiretung des arbeitenden Volkes aller Länder zu machen. Zur Ausführung des Brüsseler Beschlusses haben am 10. Januar d. J. in Zürich die Zentralkomitee's des schweizerischen Grüttlervereins von Winterthur, des schweizerischen Gewerkschaftsbundes von Zürich und der schweizerischen sozialdemokratischen Partei von Basel getagt und beschlossen:

- 1) Der internationale sozialistische Arbeiter-Kongress des Jahres 1893 findet in Zürich statt.
- 2) Jedes Zentralkomitee ernennt fünf Mann für ein Organisations-Komitee, welches seinen Sitz in Zürich hat und welches alle Arbeiten ausführt, die zur Vorbereitung und Durchführung des Kongresses notwendig und von Nutzen sind.

Wir haben nun die Ehre, Ihnen anzuzeigen, daß die Zentralkomitee's der genannten größeren sozialistischen Arbeiterverbindungen der Schweiz ihre Wahlen in das Organisations-Komitee für den internationalen sozialistischen Arbeiterkongress getroffen haben, und daß sich das Organisations-Komitee in untenstehender Weise konstituiert und seine Thätigkeit begonnen hat. An alle Gewerkschaften und sozialistischen Parteien, welches die Richtung der letzteren auch sonst sein mag, sofern sie nur die Nothwendigkeit der Arbeiterorganisation und deren Bethätigung an der Politik anerkennen, richten wir hiermit die freundliche Einladung, im Sommer 1893 ihre Vertreter nach Zürich zu senden. Wir rufen denselben im Voraus ein herzlich willkommen in der Stadt Pestalozzi's zu und versichern, daß sie daselbst Mitstreiter, Freunde und Brüder finden werden. Um die nothwendigen Vorarbeiten für den Kongress so rasch als möglich zu beenden, eruchen wir alle Arbeiterverbände, uns baldigst ihre Adressen und bis Ende Juni 1892 ihre Anregungen und Anträge für die Tagesordnung zukommen zu lassen und zwar unter der Adresse unseres Sekretärs:

Robert Seidel, Zürich (Schweiz).

Aus den eingehenden Anregungen und Anträgen und den uns vom Brüsseler Kongress zugewiesenen Fragen gedenken wir dann in Kurzem eine vorläufige Tagesordnung zusammenzustellen und bekannt zu geben.

Sie sehen, werthe Mitstreiter, daß das Organisations-Komitee für den internationalen sozialistischen Arbeiter-Kongress an der Arbeit ist. Möge das auch Sie anspornen, sich jetzt schon auf dieses internationale Parlament der Freiheit, des Friedens und der Wohlfahrt vorzubereiten, denn vorbereitet sein, ist für die

Arbeiterklasse die Bedingung ihres Sieges.

Es lebe die Solidarität der Arbeiter aller Länder; es lebe der internationale sozialistische Arbeiter-Kongress von 1893!

Mit Brudergruß und Handschlag! Das Bureau des Organisations-Komitee's für den internationalen sozialistischen Arbeiter-Kongress 1893:

Carl Bürkli, Präsident.

Robert Seidel, August Merk, Sekretär, Kassier.

Das Organisations-Komitee: Vertreter der sozialdemokratischen Partei:

J. H. Jäger, A. Karrer, D. Lang, M. Seidel, A. Widmer.

Vertreter des Grüttler-Vereins: R. Bürkli, S. Greulich, F. Häfeli, A. Jig, S. Vogelsanger.

Vertreter des Gewerkschaftsbundes: E. Beck, G. Conzett, A. Lüthi, K. Manz, A. Merk.

Schweiz. Metallarbeiterverband.

Die Maschinenfabrik Bern hat in letzter Zeit verschiedene Vorstandsmitglieder der Gewerkschaft Duesmatt gemäßigelt. Es sind alle Anzeichen vorhanden, daß die Verwaltung der Maschinenfabrik Bern die Unterdrückung der Gewerkschaft systematisch betreiben wird. Angesichts dieses Vorgehens, durch welches der organisirten Arbeiterschaft der Fehdehandschuh hingeworfen wird und in Anbetracht, daß die Gemäßigelten gewöhnlich noch auf die schwarze Liste zu stehen kommen und den Fabrikanten zur Kenntniß gebracht werden, sehen wir uns veranlaßt, als Gegendruck die Sperre über die Maschinenfabrik Bern zu verhängen.

Wir ersuchen alle Metallarbeiter, die in irgend einer Branche des Maschinenbaues beschäftigt sind, die Maschinenfabrik Bern zu meiden. Die Verhältnisse dort sind derart, daß es für jeden ordentlichen Arbeiter angezeigt ist, daselbst keine Arbeit zu nehmen. Arbeiter, zeigt dem Fabrikantenring, daß auch Ihr geschlossen dasteht und Eure Maßregeln durchzuführen wißt.

Zürich, im Februar 1892.

Der Zentralvorstand des Schweiz. Metallarbeiter-Verbandes.

Der sogenannte „Handwerkertag“.

für den die Künstler wochentag die eifrigste Propaganda trieben, hat vom 15. bis zum 18. Februar in Berlin stattgefunden.

Die Veranlassung zu dieser künstlerischen Demonstration war bekanntlich damit gegeben worden, daß die Regierung im Reichstage die Erklärung abgab: an die Gewährung der Forderungen betr. Einführung des obligatorischen Beschäftigungs nachweises und der obligatorischen Innung sei nicht zu denken, doch sei eine Interessenvertretung für das gesamte Handwerk in der Form von Handwerkerkammern geplant.

Darob gerietten die Herren Künstler schier aus dem Häuschen. Sie arrangirten den sogenannten „Handwerkertag“, um im Namen des „deutschen Handwerks“ eine Bickst- und Demonstrationsskizze in Szene zu setzen. Die Blätter melden, etwa 1500 „Delegirte“ hätten sich eingefunden gehabt. Sehr viele, wo nicht die meisten dieser Herren werden sich wohl selbst „delegirt“ haben. Es war ja so leicht, „Delegirter“ zu werden! Man hatte nur nöthig, eine „Delegirtenkarte“ für 1 Mk zu lösen und erwarb damit das Recht, an den Verhandlungen theilzunehmen. Dank dieser „vorzüglichen“ Einrichtung waren denn auch „so viele Delegirte“ erschienen.

Die konservative und ultramontane Gnadenfahne lag über dem „Handwerkertage“ ausgebreitet. Der Reichstagsabgeordnete Hahn begrüßte denselben im Namen der konservativen Reichstagsfraktion. Der famose Erzhofprediger Stöcker war auch erschienen, um eine Begrüßungsrede zu halten, in der er sagte: für einen gewissen Stand (nämlich für die Arbeiter) achsehe zu viel, für den Handwerkerstand gar nichts!!! Im „Handwerk“ erblickt er „das feste Bollwerk gegen die Bestrebungen der Umsturzparteien“. Die Forderung betr. die obligatorische Innung halte er für durchaus berechtigt. Natürlich, welche reaktionäre Einrichtung soll der Stöcker nicht für berechtigt

form die auf den Spezialkongressen gefassten Beschlüsse maßgebend sind für die betreffende Industrie.

Ob nun sämtliche übrigen Spezialkongresse die gleiche Form beschließen werden oder aber Unionen, zusammengefaßt aus Fachverbänden, das kann dem Gesamtkongress gleich sein.

Korrespondenzen.

Formen.

Braunschweig. (Eingekandt.) Wohl kaum werden irgend welche Anzeigen der Zeitungen mit solcher Eile verschlungen, wie die der Arbeitergesuche.

Klempner.

Höheim i. S. Als im vorigen Jahre Herr Großfuß seinen Klempnern den Lohn kürzen wollte, erklärten dieselben den Streik.

Dortmund. Wir bitten, den Zugang von Klempnern von Aplerbeck und Umgebung fern zu halten, da die dortigen Kollegen gemahregelt wurden weil sie im Metallarbeiter-Verband sind und das Verbandsorgan halten.

Metall-Arbeiter.

Apolda. Am 21. Februar fand hier im Vereinstokal, Bürgerhaus, die regelmäßige Mitgliederversammlung statt.

Bodenheim. Am 20. Februar hielt das Zentralwahl-Komitee der 8. Wahlabtheilung eine Sitzung ab, in welcher das Gesamtergebnis der Delegiertenwahl zum Halberstädter Gewerkschaftskongress festgestellt wurde.

Dresden. In der am 14. Februar im Saale des Volksbildungsvereins stattgefundenen öffentlichen Versammlung der Einzelmitglieder des Metallarbeiterverbandes wurde die Wahl eines Delegierten zum Halberstädter Gewerkschaftskongress vorgenommen.

Kommision von drei Mann leitete die Wahlhandlung, welche geheim mittelst geheimer Stimmgelöt vorgenommen wurde. Gewürden ferner die Namen der Vorgesetzten bekannt gegeben; es sind dies: Schiemann, Buchswerdt, Haack und Schanze.

17. Februar stattgefundenen Mitgliederversammlung behufs Bekanntmachung des Wahlergebnisses. Laut Wahlreglement mußten die Delegierten wählen spätestens bis zum 15. Februar.

Dortmund. In der am 21. Februar abgehaltenen Mitgliederversammlung stand als erster Punkt auf der Tagesordnung Bortrag: Ueber die Entstehung des Menschen.

Frankfurt a. M. Auf die in Nr. 6 und 8 der Metallarbeiter-Zeitung aus Hanau und Offenbach eingekandten Berichte sehe ich mich zu einigen Zeilen veranlaßt.

kommen, daß die Agitation in dem Bezirk nur dann von gutem Erfolg begleitet sein kann, wenn der Bezirk in drei Theile getheilt und die Agitation den drei Verwaltungsobertragen wird.

